
Bericht zur Gründung der Initiative "Demokratischer Aufbruch"

Im Laufe des Jahres 1989 geriet das SED-Regime in der DDR immer weiter unter Druck. Immer mehr Menschen waren mit den Verhältnissen unzufrieden. Sie wollten die DDR entweder verlassen oder versuchten, das Land zu reformieren und die Politik aktiv mitzugestalten. Neben dem Neuen Forum formierte sich im Herbst 1989 auch die Initiative "Demokratischer Aufbruch". Diese wurde von dem bekannten Rechtsanwalt Wolfgang Schnur beraten, der die Bürgerrechtsgruppe zeitgleich als Inoffizieller Mitarbeiter für die Staatssicherheit bespitzelte.

Bürgerrechtsgruppen hatte es in der DDR bereits vor dem Spätsommer 1989 gegeben. Eine Übersicht, die die Stasi im Mai fertig gestellt hatte, zählte in der gesamten DDR 160 Gruppen auf, die zu einem erheblichen Teil schon seit Jahren existierten. Diese beschränkten sich allerdings in der Regel auf bestimmte Themen (Frieden, Ökologie, Gleichberechtigung der Frauen usw.) und ihre Mitglieder lehnten es ab, sich selbst als "Dissidenten" oder "Oppositionelle" zu bezeichnen. Das hatte vor allem taktische Gründe, weil sie die Diktatur nicht zu sehr herausfordern wollten. Auf der Gegenseite hat die Staatssicherheit die Gruppen genau beobachtet, mit Inoffiziellen Mitarbeitern infiltriert. Sie versuchte die Mitglieder einzuschüchtern und zu zersetzen. Aber sie mit offen repressiven Mitteln zu zerschlagen und die Aktivistinnen und Aktivisten einzusperren, war ihr nicht möglich. Dazu hätte die Stasi vorab eine Erlaubnis von SED-Generalsekretär Erich Honecker benötigt, weil diese Maßnahmen als eine "politische" (nicht als eine rechtliche) Frage galt. Der aber zögerte, weil er einen Ansehensverlust im westlichen Ausland fürchtete.

Durch die Fluchtwelle über Ungarn im August 1989 und die Unruhe, die sie in der DDR auslöste, änderte sich die Konstellation grundlegend. Viele Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler kamen in diesen Wochen zu der Überzeugung, es sei an der Zeit, sich zu Wort zu melden und eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen.

Die Bürgerrechtsinitiative mit der bald größten öffentlichen Resonanz war das Neue Forum, das am 9./10. September in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen wurde. Ihre Kernbotschaft lautete: "Die Zeit ist reif." Von der Staatssicherheit wurde sie genau beobachtet. Das Neue Forum war eine von mehreren politischen Initiativen, die in diesen Wochen gestartet wurden oder, schon etwas länger in Vorbereitung, nun zum ersten Mal an die Öffentlichkeit gingen: die Initiative für die Schaffung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die "Vereinigte Linke", der "Demokratische Aufbruch" und "Demokratie jetzt". Zudem solidarisierten sich Liedermacher und Prominente aus der Rockmusikszene mit den Forderungen der Bürgerrechtsgruppen. Das war auch aus Sicht der Stasi "eine neue Qualität" des Vorgehens "feindlicher, oppositioneller Kräfte".

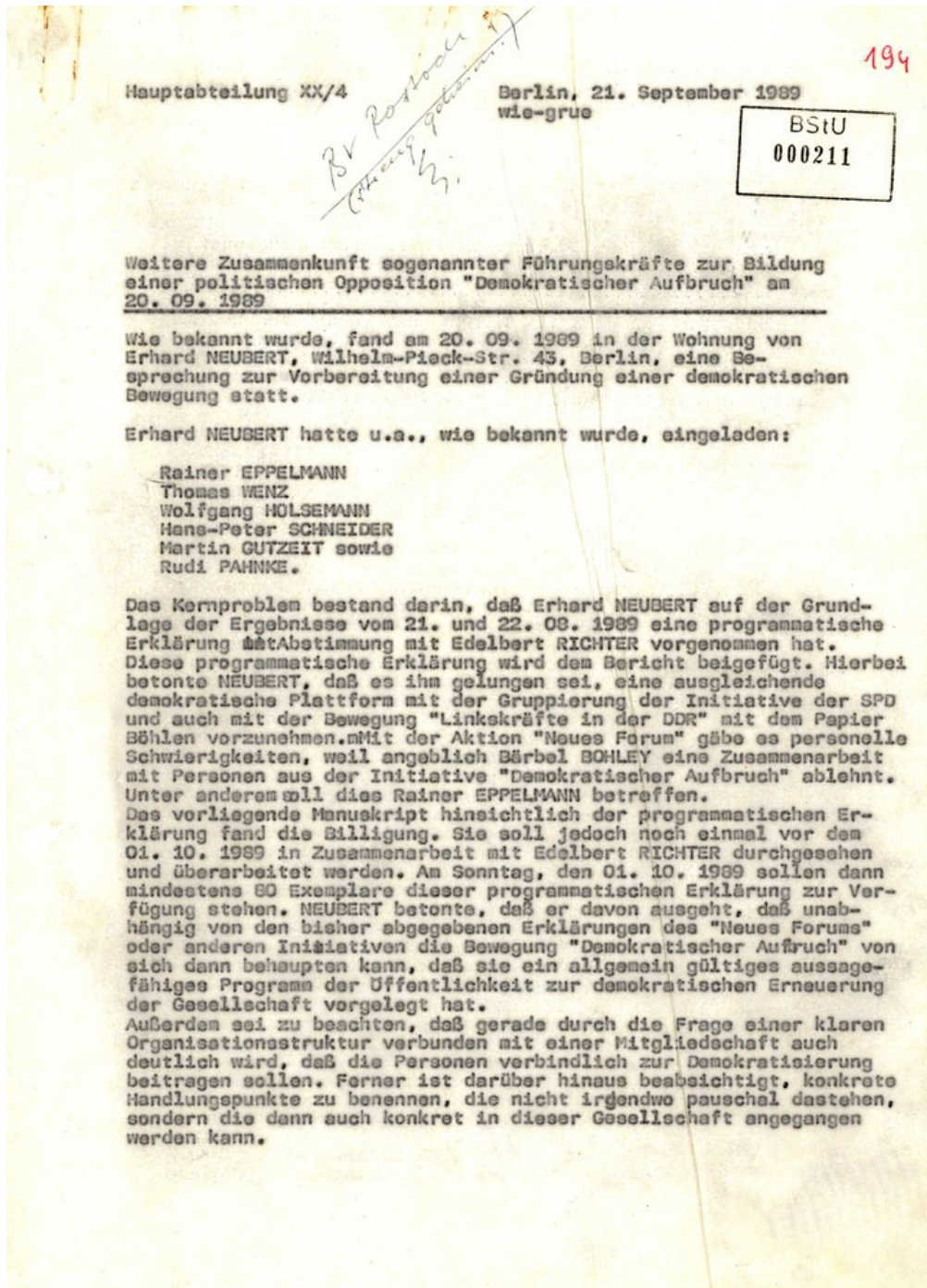
Es gab noch eine Reihe weiterer Initiativen der Bürgerrechtsbewegung. Eine davon war der "Demokratische Aufbruch", über den ein Spitzen-IM der Hauptabteilung XX berichtete. Das vorliegende Dokument basiert auf einem Treffen des Leiters der Hauptabteilung XX/4, Oberst Wiegand, mit dem Inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter "Dr. Schirmer" alias Wolfgang Schnur, einem seinerzeit in oppositionellen Kreisen sehr angesehenen Rechtsanwalt. Schnur war im "Demokratischen Aufbruch" (DA), von dessen Treffen er berichtete, als Rechtsberater tätig. Zu diesem Zeitpunkt ging es um die formelle Gründung der Organisation und ihre programmatische Ausrichtung.

Signatur: BArch, MfS, BV Rostock, AIM, Nr. 3275/90, Bd. 25, Bl. 211-219

Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung XX/4 Datum: 21.9.1989
Rechte: BStU Überlieferungsform: Dokument

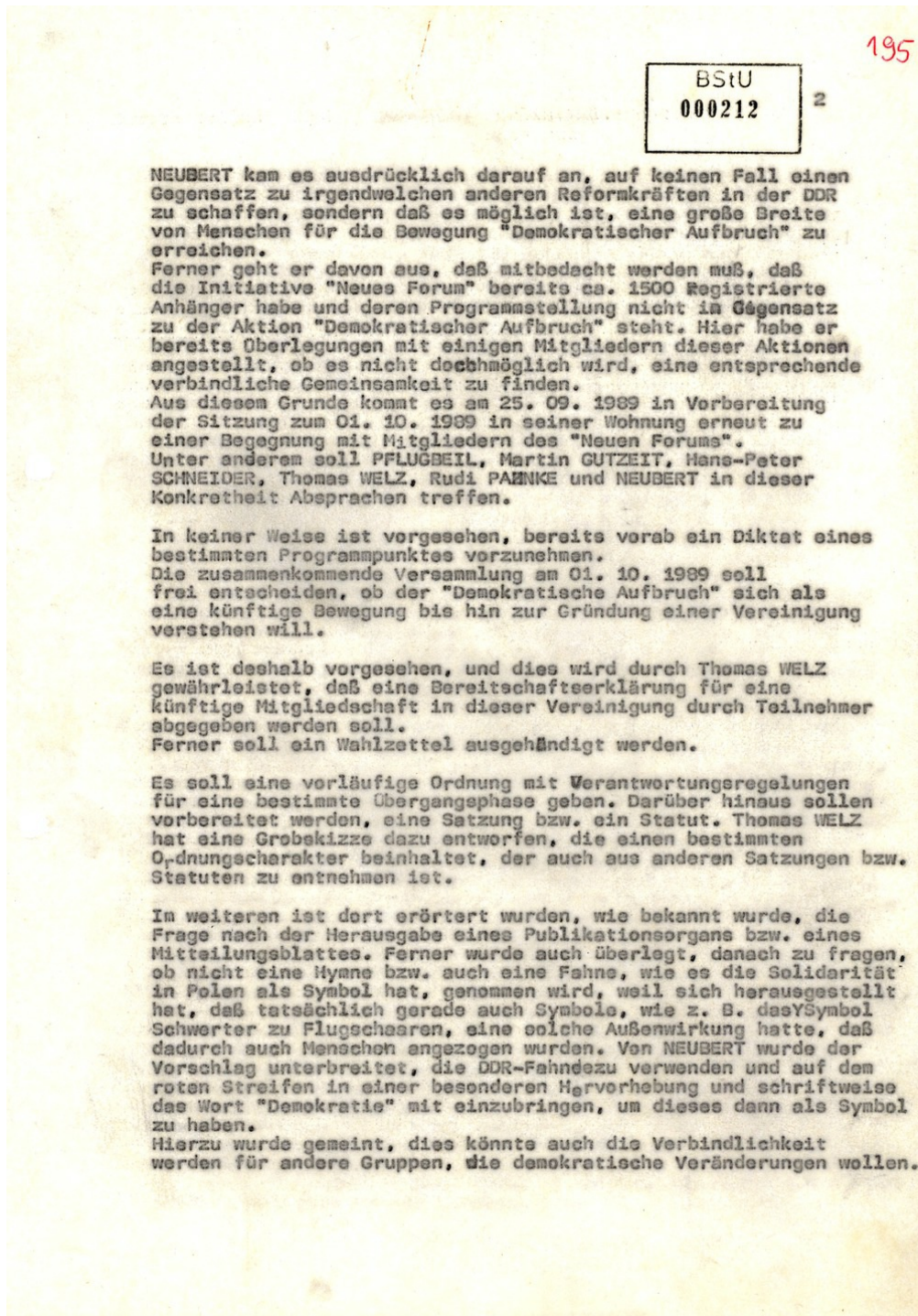
Bericht zur Gründung der Initiative "Demokratischer Aufbruch"



Signatur: BArch, MfS, BV Rostock, AIM, Nr. 3275/90, Bd. 25, Bl. 211-219

Blatt 211

Bericht zur Gründung der Initiative "Demokratischer Aufbruch"



Signatur: BArch, MfS, BV Rostock, AIM, Nr. 3275/90, Bd. 25, Bl. 211-219

Blatt 212

Bericht zur Gründung der Initiative "Demokratischer Aufbruch"

BStU
000213

3

196

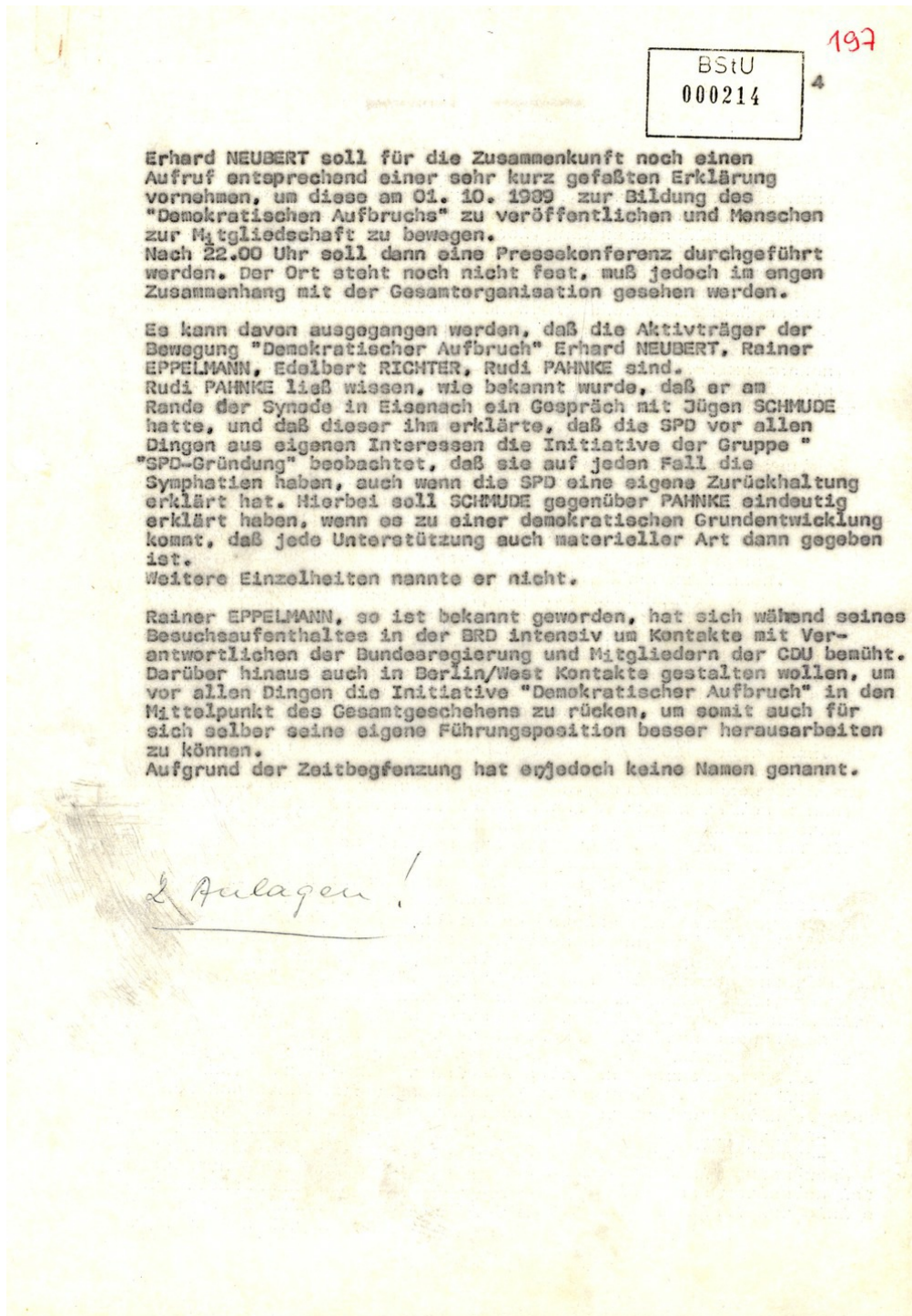
Einige Anwesende, so u.a. Rudi PAHNKE, Herr NEUBERT als auch Hans-Peter SCHNEIDER haben darauf aufmerksam gemacht, daß durchaus auch damit zu rechnen sei, daß tatsächlich es dazu kommen kann, daß es eine Auseinanderdelegierung und Spaltung der Kräfte geben kann, weil die egozentrischen Verhaltensweisen von Personen nicht ausgeschaltet werden und gerade deshalb auch die Initiative "Demokratischer Aufbruch" sich davor bewahren muß, sich auf einen Streit einzulassen.

Ausdrücklich ist deshalb auch vorgesehen, deutlich zu machen, daß es darauf ankommt, die programmatische Erklärung als ein Bindeglied auch zu anderen Organisationsformen "Demokratischer Bewegungen zu finden.

Ein weiterer Raum nahm die Frage ein, wie praktisch darauf hingewirkt werden könnte, die bevorstehende Volkskammerwahl dazu zu nutzen, eigene Mandatsträger zu gewinnen. Hierbei sei auch an bereits bestehende Parteien gedacht, LDPD und CDU. Hier müsse man deutlich nachforschen, ob es möglich wäre, letztlich gesehen, über diesen Weg bereits eigene Kandidaten für die Volkskammerwahl aufstellen zu können. Darüber hinaus muß auch die bestehende Initiative "Demokratie jetzt", die insbesondere von FISCHBECK unterstützt und geleitet wird, dahingehend Unterstützung erfährt, daß es möglich wird, durch Unterschriftsammlungen mindestens über 100 000, um dadurch zu erreichen, daß tatsächlich der Staat gezwungen wird, eigene Kandidaten benennen zu können, um somit Mandate für die Volkskammer zu bekommen.

Es wurden dann Fragen der Organisation weiterhin besprochen. Am 01. 10. 1989 soll in der Zeit von 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr Ankunft in der Samariterstraße 27 sein. Aus taktischen Gründen, damit der Staatssicherheitsdienst nicht dort eingreifen könne, wird gegenwärtig von EPPELMANN und NEUBERT nach einem anderen Ort gesucht, der den Teilnehmern erst um 15.00 Uhr benannt wird und von der Samariterstraße aus dort hingegangen wird. Es wird an einen kirchlichen Raum gedacht, der 70 bis 120 Personen gut faßt. Hier wird auch damit gerechnet, daß deutlich werden soll, nach Möglichkeit, daß bereits die jetzigen 9 Personen, die sich im August getroffen haben, auf alle Fälle schon vorher bei EPPELMANN einfinden, damit diese nicht dem Zugriff der "Sicherheit" bereits auf dem Zufahrtsweg unterliegen. Es soll dann so nach einer ersten großen Angabe so sein, daß um 15.00 Uhr die Eröffnung durch Erhard NEUBERT vorgenommen wird, daß dann Rudi PAHNKE das programmatische Erklärungsschreiben erläutern soll und das Wolfgang HULSEMAN die Leitung über die Gespräche, Satzung und Organisationsfragen übernehmen soll. Es ist insgesamt zwischen einem Zeitraum von 15.00 Uhr bis 22.00 Uhr die Begegnung vorgesehen. In der Prüfung befindet sich aufgrund eines Vorschlages von Thomas WELZ, daß eine Privatperson, die ein Filmstudio unterhält, mit einer Videokamera-ausrüstung ein dieser Begegnung teilnimmt, um somit authentisch der Öffentlichkeit genau zu belegen, wie die Sache verlaufen ist und auch gleichzeitig auch dafür zu sorgen, daß nicht nur einige sich in den Vordergrund bringen.

Bericht zur Gründung der Initiative "Demokratischer Aufbruch"



Bericht zur Gründung der Initiative "Demokratischer Aufbruch"

BSU 000215

198

Demokratischer Aufbruch - sozial, ökologisch (DA)

Vereinigung demokratischer Initiativen

Die Vereinigung "Demokratischer Aufbruch - sozial, ökologisch" (DA) legt mit dieser programmatischen Erklärung die Grundlage für eine politische Übereinstimmung in ihren eigenen Reihen. Zugleich ist diese politische Willenserklärung ein öffentliches Gesprächsangebot über die Ziele einer gesellschaftlichen Neuordnung der Deutschen Demokratischen Republik. Der DA versteht sich als Teil der breiten Reformbewegung für Demokratie in der DDR und bittet alle Reformkräfte um Solidarität. Der DA übt mit anderen Reformkräften, unabhängig von ihren weltanschaulichen und religiösen Herkommen und unabhängig von ihrer politischen Grundhaltung, Solidarität, wenn ein Konsens mit dieser programmatischen Erklärung hergestellt werden kann. Die Vielfalt der Reformbewegung entspricht der Programmatik des DA und wird als wichtiger Teil einer beginnenden Demokratisierung bewertet.

Die politischen Forderungen und Handlungsziele des DA sind eingebettet in die große Hoffnung auf Errichtung des gemeinsamen Europäischen Hauses, einer europäischen Friedensordnung. Der DA geht aber auch von den spezifischen historischen Bedingungen aus, die für die DDR Bedeutung haben. Dazu gehört die Unverletzlichkeit der Grenzen in Mitteleuropa, die Bindung der DDR an den Warschauer Vertrag und zahlreiche andere internationale Verpflichtungen des Landes. Zugleich sieht der DA in der Abrüstungspolitik, im KSZE-Prozess und in den Reformbewegungen in den sozialistischen Ländern politische Instrumente, die der DDR in der Völkergemeinschaft einen gesicherten Platz sichern können und auch die politische Kultur und die politische Praxis innerhalb unserer Grenzen maßgebend bestimmen.

Das besondere Verhältnis der DDR zu seinen östlichen Nachbarn, geprägt durch die Kriegs- und Nachkriegsgeschichte, bedeutet für den DA die Verpflichtung zum Antifaschismus und zum Antimilitarismus. Im Rahmen des Reformprozesses in Osteuropa ist zudem die Aufgabe des Antistalinismus besonders deutlich geworden. Der DA möchte durch seine Aktivitäten dazu beitragen, daß sich die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn nicht nur auf der Regierungs- und Oppositionsebene abspielen, sondern zu einem vielfältigen Austausch der Völker führt.

Das besondere Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, begründet in der Einheit deutscher Geschichte und Kultur, wird durch den DA hoch bewertet. Zudem stellt der DA die freundschaftliche und familiäre Bindung von Millionen von Bürgern über die Grenzen hinweg in Rechnung. Die Frage einer politischen Einheit kann aber jetzt noch kein Thema sein, da in beiden deutschen Staaten vorher Reformprozesse ablaufen müßten, die eine politische Verbindung erst ermöglichen könnten. Denkbar wäre eine schrittweise Annäherung bis hin zu einer Konföderation.

- 2 -

Bericht zur Gründung der Initiative "Demokratischer Aufbruch"

- 2 -

BStU 199
000216

Die kritische Haltung des DA zu vielen Erscheinungen des real-existierenden Sozialismus, bedeutet keine grundsätzliche Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wohl aber unterscheidet der DA zwischen den bleibenden Werten, den berechtigten Motiven und tragfähigen Theorien des Sozialismus und einem undemokratischen Alleinvertretungsanspruches der Sozialistischen Einheitspartei im Namen des Sozialismus auf eine übergeschichtliche Wahrheit und eine immer richtige Politik.

Die wirklichen und gelungenen sozialistischen Lösungen in der DDR müssen daher diskutiert, bewahrt und weiterentwickelt werden. Eine kleinliche und rechthaberische Kritik soll zugunsten der aktiven politischen Gestaltung unterbleiben. Aber der DA macht die SED und ihre unkritischen Verbündeten öffentlich dafür verantwortlich, daß es zu politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisenerscheinungen in der DDR gekommen ist. Diese Erscheinungen haben zu einer Glaubwürdigkeitskrise des "Sozialismus" geführt und dem Ansehen der DDR im Ausland geschadet.

Der DA übernimmt daher zusammen mit anderen Reformkräften in der DDR die Rolle der demokratischen Opposition. Das politische Ziel ist eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft in der Fortführung der sozialistischen Tradition.

1. Eine demokratische Gesellschaft erfordert:

1.1. Die Trennung von Staat und Partei(en)!

Der Staat und der Staatsapparat muß weitgehend entideologisiert werden. Staatliche Organisationen, Institutionen, Verwaltungseinheiten und Organe sowie Körperschaften öffentlichen Rechtes dürfen nicht dem unkontrollierbaren Zugriff der Partei(en) ausgeliefert sein. Das gilt insbesondere für Schulen und den gesamten Ausbildungsbereich, für den Sicherheitsapparat, das Militär und die Wirtschaft.

1.2. Entwicklung einer freien Öffentlichkeit und der ungehinderte Zugang aller zur Öffentlichkeit!
Alle Formen der Öffentlichkeit (Medien, Kunst, Religion u.a.) dürfen nicht vom Staat kontrolliert werden. Ihre institutionelle Unabhängigkeit muß gesichert werden. Die Öffentlichkeit muß zu einem sozialen und moralischen Instrument der gesellschaftlichen Selbstkontrolle und Selbstbewertung werden.

1.3. Die freie Willensbildung und den öffentlichen Ausdruck des Willens mit politischen Mitteln!
Parteienbildungen, Entstehung unabhängiger Gewerkschaften und anderer Vereinigungen muß ermöglicht werden. Die freie ungehinderte Vorbereitung und Durchführung von freien und geheimen Wahlen als Kernfrage einer politischen Demokratisierung muß durchgesetzt werden.

1.4. Kontrolle des Staates und seiner Verwaltungseinheiten!
Zwischen Exekutive und Legislative auf allen Ebenen muß getrennt werden. Außerdem muß das System der Verwal-

- 3 -

Bericht zur Gründung der Initiative "Demokratischer Aufbruch"

- 3 -

200

tungsgerichtsbarkeit vervollkommen werden. Verfassungsgerichte sind neu aufzubauen.

1.5. Eine Verwaltungsreform!

Die geschichtlich gewachsenen und natürlichen Regionen in der DDR müssen wieder zu Verwaltungseinheiten werden (z.B. Sachsen, Thüringen, Berlin usw.). Eine Verfassung auf Bundesstaatlicher Grundlage (z.B. nach dem Vorbild Österreichs, der Schweiz oder der BRD) soll geschaffen werden.

1.6. Respektierung der Mündigkeit des Bürgers!

Alle individuellen Rechte und Möglichkeiten der individuellen Entfaltung müssen zum Zuge kommen (Vgl. Vereinbarungen der KSZE). Insbesondere das Recht auf Freizügigkeit, der ungehinderten Aus- und Einreise verlangt eine dauerhafte Regelung.

Der Bürger darf nicht mehr bevormundet werden. Eine Entbürokratisierung auf allen Gebieten muß in Gang gesetzt werden.

1.7. Förderung der politischen Selbstorganisation auf allen Ebenen (kommunal, territorial und landesweit)!

Bürgerinitiativen, politische Gruppenaktivitäten in Betrieben und Wohngebieten, direktdemokratische Formen (Volksabstimmungen u.a.) müssen Teil des demokratischen Systems werden.

2. Eine soziale Gesellschaft erfordert:

2.1. Vorrangigkeit des Wertes Gleichheit in der Tradition des Sozialismus.

Bei Förderung individueller und kollektiver Leistung muß die Gesellschaft als unverbrüchliche Solidargemeinschaft verstanden werden. Gleichheit ist ein gesamtgesellschaftliches Ziel, das als ständige Aufgabe begriffen wird. Die Verteilung materieller Güter und Dienstleistungen müssen daher demokratisiert werden. Die unterschiedlichen und gestaffelten Verteilungssysteme (Inter-shop, Delikat, Exquisit, Normal-Verbrauch, Konsumprivilegien der Führungskader u.a.) muß abgeschafft werden. Darum muß von einem produktgestützten Verteilungssystem zu einem personengestützten Sozialsystem übergegangen werden. (Höhere Renten und Mindestlöhne).

2.2. Weiterentwicklung des sozialen Netzes!

Die Entstehung einer "neuen Armut" aus Leistungsschwachen muß verhindert werden. Zu den standardisierten staatlichen Leistungen muß ein zusätzliches System für individuelle Hilfe zur Selbsthilfe geschaffen werden. Die Kriminalisierung von sozialen Schwachen ("Asoziale") muß unterbleiben.

2.3. Soziale Bindung des Eigentums!

Die Pluralisierung der Eigentumsformen soll unter dem Gesichtspunkt der Soziabilität, d.h. auf einen hohen

- 4 -

BStU
000217

Bericht zur Gründung der Initiative "Demokratischer Aufbruch"

- 4 -

BStU
000213
201

Effekt der Beteiligung Vieler an Gewinn und Besitz vorangetrieben werden. Verstaatlichte Produktionsmittel sind zu vergesellschaften und für alle Eigentumsformen und Mitbestimmungsmodelle zu entwickeln.

2.4. Profilierung des Wohnungsbaues!

Zur Verbesserung der sozialen Kommunikation muß das Spektrum der angebotenen Wohnstandards erweitert werden. Neue soziale Wohnformen sollen gefördert werden. Die Sanierung von Altstädten und die Neukonzeptionierung städtischen und ländlichen Bauens und Planens soll auf der Grundlage erweiterter Kommunikationsbedingungen erfolgen.

2.5. Entwicklung des Gesundheitswesens!

Die Bewertung von Krankheit und Gesundheit darf nicht an der Leistungsfähigkeit des Menschen erfolgen. Hier sind neue sozialpsychologische Kriterien zu berücksichtigen. Die Motivation für die Arbeit im pflegerischen Bereich muß gestärkt werden, indem der strukturelle Vorteil von Industrie und Verwaltung gegenüber dem Gesundheitswesen abgebaut wird. Die Entwicklung von nichttechnischen Diagnose- und Therapieverfahren muß beschleunigt werden.

2.6. Neuordnung der Strafjustiz!

Die Grundlage für eine Neuordnung der Strafjustiz muß durch Überwindung des staatlichen und gesellschaftlichen "Sühneverlangens" gelegt werden. Statt dessen sollen integrative Modelle als höhere "Gerechtigkeit" vorherrschen und "Bestrafung" als solche verboten werden.

2.7. Förderung der sozialen Selbstorganisation!

Die Effektivität sozialer Selbstorganisation soll durch Förderung von Selbsthilfegruppen, Initiativgruppen zur Sozialintegration, Interessengemeinschaften, Berufsverbänden, Standesvertretungen, Gewerkschaften u.a. genutzt werden.

Im Rahmen der sozialen Selbstorganisation müssen auch flexible Widerstandsformen gegen neue Herrschaftsformen in der Industriegesellschaft erprobt werden (Datenschutz).

3. Eine ökologische Gesellschaft erfordert:

3.1. Schrittweiser ökologischer Umbau der Industriegesellschaft!

In die Kostenrechnung der produzierenden Einheiten müssen die ökologischen Folgekosten (soziale Kosten) mit eingehen. Damit wird zugleich ein Druck zur Produkt- und Verfahrensinnovation ausgelöst und neue Märkte erschlossen. Gute Produkte und gute Technik sind Umwelt- und Verbraucherfreundlich.

- 5 -

Bericht zur Gründung der Initiative "Demokratischer Aufbruch"

- 5 -

BSTU
000219

202

3.2. Energie- und Ressourcenersparnisse!

Neben einer besseren Technik, regenerierbaren Energiequellen und geschlossenen Rohstoffkreisläufen werden auch ökonomische Strukturveränderungen zu ökologischen Effekten führen. Darum sollen kleinere und mittlere Wirtschaftseinheiten (Dezentralisierung von Landwirtschaft und Energieproduktion) nach ökologischen Gesichtspunkten rekonstruiert werden.

3.3. Veränderung von Konsumgewohnheiten!

Der öffentliche und private Konsum geht auf Wertvorstellungen zurück, die veränderbar sind und die eine geistig-kulturelle Vertiefung benötigen. Z.B. kann die Einschränkung des gesundheitlich und ökologisch schädlichen hohen Fleischverbrauches neben einer entsprechenden Aufklärung durch verbesserte Angebote pflanzlicher Nahrung erreicht werden. Der öffentliche Konsum ist demokratisch zu kontrollieren.

3.4. Einschränkung und Umstellung der Rüstung und des Militärwesens!

Die Produktion von Rüstungsgütern und die Unterhaltung einer Armee ist als Arbeits- und Materialvernichtung zu bewerten. Durch Abrüstung und konsequente Umstellung auf defensive Strategien können Ersparnisse mit sozialen und ökologischen Effekten erreicht werden.

3.5. Förderung ökologischer Selbstorganisation!

Die Dringlichkeit der ökologischen Umgestaltung hat bisher schon zahlreiche private und kollektive Initiativen angeregt. Diese gilt es zu fördern und zu stützen. In allen Umweltfragen muß ein höchst mögliches Maß an Öffentlichkeit gewonnen werden.

Schlußbemerkungen:

Die Handlungsziele der Reformbewegung bedürfen einer eingehenden demokratischen Diskussion. In vielen Fragen wird um die besten Lösungen gerungen und gestritten werden müssen. Früher oder später wird es unter demokratisch gesinnten Menschen auch zu Trennungen kommen. Vorläufig ist aber eine Übereinstimmung aller Reformkräfte in demokratischen Positionen notwendig. Alle aber müssen in der DDR die Spielregeln demokratischen Verhaltens lernen. Dies aber erfordert eine politische Praxis, die sich in der Bearbeitung der Tagesprobleme unserer Republik bewähren muß. Dazu gehört als ständige Aufgabe der Dialog mit allen Reformkräften, die Organisation der demokratischen Opposition für einen neuen Typ der sozialistischen Gesellschaft und die Vorbereitung der Volkskammerwahl.